

## AUFHEBUNG DER DEWISENBEWIRTSCHAFTUNG?

*Ein wirtschaftliches oder politisches Problem?*

Die Wirtschaft der Bundesrepublik hat trotz der Substanzverluste und der Verzerrung ihrer Struktur nach der Währungsreform einen beachtlichen Aufschwung genommen. Zu unserem heutigen Wirtschaftsbild, das wegen der zu unterschiedlichen Einkommensverhältnisse keine Lösung des sozialen Problems darstellt, haben vor allem folgende Tatbestände beigetragen: 1. Die Ordnung des Geldwesens; 2. die amerikanische Wirtschaftshilfe und die Änderung der alliierten Wirtschaftspolitik in Westdeutschland als Folge der weltpolitischen Blockbildung; 3. die Schaffensfreude des deutschen Menschen und die Erkenntnis eines notwendigen gegenseitigen Zusammenstehens beim Wiederaufbau; 4. der Glaube der Arbeiterschaft an eine wirkliche Neuordnung des Sozial- und Wirtschaftsgefüges.

Der Wohlstand eines Volkes hängt auf lange Sicht gesehen nicht allein von der Größe seines eigenen Wirtschaftspotentials ab, sondern in ganz besonderem Maße auch vom Wohlergehen seiner Nachbarn. Für die Bundesrepublik heißt dies, daß nur in einer gegenseitigen Hilfe und Partnerschaft und nicht im Konkurrenzkampf die Lösung des europäischen Problems liegt. Eine Wirtschaftsblüte auf Kosten anderer Volkswirtschaften kann nur von kurzer Dauer sein. Eine Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen im Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit führt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der gesamten Weltwirtschaft.

In unserer Außenwirtschaft hat sich die deutsche Konsumkraft als das beste handelspolitische Aktivum erwiesen, da sie als treibende volkswirtschaftliche Kraft im Inneren zu einer Vergrößerung des gegenseitigen Güteraustausches beiträgt. Unter den großen wirtschaftlichen Erschütterungen des zweiten Weltkrieges hat die Außenwirtschaft stark gelitten. Eine Reihe von Wirtschaftspolitikern glaubt in der Devisenbewirtschaftung den Grund für diese Erscheinung gefunden zu haben.

Westeuropa scheint sich vor allem darauf zu besinnen, daß in einer Zusammenfassung der westeuropäischen Wirtschaftskraft ein Gegengewicht zu den übrigen politischen und wirtschaftlichen Blockbildungen der Welt geschaffen werden muß, um nicht zu stark zum Spielball der weltpolitischen Kräfte zu werden. Die Forderung nach einer Integration Europas sollte vor allem unter politischen Gesichtspunkten betrachtet werden; denn es hat sich gezeigt, daß politische Momente vielfach der Ausgangspunkt zu wirtschaftlichen Überlegungen sind und der Lösung wirtschaftlicher Probleme in einem einheitlichen politischen Raum keine großen Schwierigkeiten entgegenstehen. Wenn bei den gegenwärtigen Integrationsbestrebungen ein anderer Weg beschritten wird, so ist das ein Zeichen der politischen Unreife Westeuropas. Eine Neuordnung der gegenseitigen Beziehungen, vor allem auf dem Währungsgebiet, ist unter den gegebenen Voraussetzungen ein vordringliches Problem.

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium hat sich am 26. und 27. April 1952 mit dem Problem einer Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen befaßt und Vorschläge zum Ausgleich der Währungsbeziehungen im Rahmen einer europäischen Integration unterbreitet.

Die Forderung auf Lockerung oder Aufhebung der Devisenbewirtschaftung ist nicht eine Frage des Mutes, sondern eine Frage des wirtschaftlichen und

sozialen Könnens. Im politischen Leben hat sich gezeigt, daß politischer Leichtsinns oft den Deckmantel des politischen Mutes trägt und zu verhängnisvollen Folgen führt. Klarheit über die Frage scheint vordringlich zu sein, ob eine Lockerung bzw. Aufhebung der Devisenbewirtschaftung bei dem gegenwärtigen politischen Denken Westeuropas eine Gefährdung unserer Existenzgrundlage bedeutet und welche Voraussetzungen politischer und wirtschaftlicher Art für diesen Schritt gegeben sein müssen. Diese Fragen sind in gegenseitiger Offenheit zu klären und hängen in ihrer Lösung nicht allein vom guten Willen westdeutscher Politiker ab.

Warum (haben die einzelnen Völker die Devisenbewirtschaftung eingeführt? Haben sie eine Einschränkung des gegenseitigen volkswirtschaftlichen Austausches freiwillig vorgenommen oder sind sie vielleicht aus irgendwelchen Gründen politischer oder wirtschaftlicher Art dazu gezwungen worden?

Solange sich der Austausch der Güter und der Geldverkehr unbehindert durch staatliche Grenzen vollziehen konnte, war in den Volkswirtschaften ein Gleichgewichtszustand gegeben. Dieser Marktausgleich wurde bei einem einheitlichen Währungssystem durch das Angleichen der Preise diesseits und jenseits der Grenze, bei Einführung verschiedener Währungssysteme durch die Methodik der freien Wechselkurse erreicht. Dies bildete die Grundlage für eine weltweite Arbeitsteilung, da der Marktausgleich für die Einhaltung der günstigsten Kosten- und Preissituation sorgte. Dieser volkswirtschaftliche Grundgedanke stellt aber eine Theorie dar, da politische Situationen, die Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen nehmen, zu sozialen und wirtschaftlichen Spannungen führen.

Diese Spannungen, die sich mit dem Entstehen von Nationalstaaten und mit der Einführung eigener Geldsysteme immer mehr verschärften, zwangen manche Politiker dazu, unter dem Schutz von hohen Zollmauern Industrien aufzubauen, um ihrer Bevölkerung eine Existenzgrundlage zu verschaffen. Da man staatlicherseits nur auf das eigene Geldsystem Einfluß hatte, mußte man alle Einwirkungen von außen her, die die eigene Wirtschaftsgestaltung im entgegengesetzten Sinne beeinflussen konnten, möglichst ausschalten. Ein umfassender Marktausgleich und die naturgemäß gegebene Arbeitsteilung mußten mit handels- und währungspolitischen Mitteln zugunsten der eigenen Wirtschaftspläne beeinflußt werden.

Der erste Weltkrieg und seine Folgen verschärften diese Entwicklung noch bedeutend. Die gegenseitige Abschnürung der einzelnen Volkswirtschaften, das Steigen der Staatsschulden und der Aufbau von Rüstungsindustrien führten zu einer vollkommenen Veränderung der Struktur der einzelnen Volkswirtschaften. Das geringe politische und wirtschaftliche Verständnis der Siegerstaaten für die Besiegten führte in einzelnen Volkswirtschaften zu weiteren sozialen Spannungen. Der Wiederaufbau der eigenen Wirtschaft als Existenzgrundlage der eigenen Bevölkerung unter den damals gegebenen Voraussetzungen war aber nur bei gegenseitiger vollkommener währungspolitischer Abschnürung möglich.

Die Grundlagen des internationalen Marktausgleichs, konsequente Diskontpolitik, freie Preisbildung, freier Außenhandel und freier Kapitalverkehr, mußten aus der Notwendigkeit innerpolitischer Spannungen und aus fehlender Einsicht der Gläubigerländer durch eine gebundene Diskont- und Preispolitik und durch eine Beschränkung des Außenhandels ersetzt werden. Ferner hat sich immer mehr gezeigt, daß die liberalen Wirtschaftstheoretiker zur Lösung der auftretenden sozialen Probleme nicht immer in der Lage waren.

Aus der falschen Wirtschaftspolitik der Gläubigerländer nach dem ersten Weltkrieg, die es nicht verstanden, ihre Forderungen den wirtschaftlichen

Grundsätzen des Marktes anzugleichen, ist es zu verstehen, daß sich die Schuldnerländer mit Recht sträubten, das alte System des freien Güteraustausches wieder einzuführen, denn dadurch wären sie in eine vollkommene Abhängigkeit und in innerpolitische Schwierigkeiten geraten, Arbeitbeschaffungs- und Industrialisierungspläne als Lösungsversuche der internen sozialen Spannungen und die immer häufiger auftretenden außenpolitischen Schwierigkeiten rückten die Gedanken der nationalen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheit immer mehr in den Vordergrund. Das ging natürlich auf Kosten der weltweiten Arbeitsteilung. Politische Vertrauenskrisen — und als Folge davon der Einsatz wirtschaftlicher Maßnahmen als Mittel der Politik — schlossen die einzelnen Volkswirtschaften noch mehr voneinander ab. Die politischen Großmächte schalteten in ihrem Kampf um Absatz- und Einflußgebiete, bei dem sie die eigenen wirtschaftlichen Spannungen auf andere Länder abzuschieben versuchten, das Gefühl der gegenseitigen Abhängigkeit völlig aus dem Wirtschaftsdenken aus. Politisch und wirtschaftlich betrachtet war die Devisenbewirtschaftung der einzige Ausweg.

Die Devisenbewirtschaftung ist also nicht die Ursache der heutigen Situation, sondern die Folge von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die den einzelnen Volkswirtschaften aus politischen Gründen ohne Rücksicht auf die Lebensgrundlage der betreffenden Völker aufgedrängt wurden. Diese Feststellung ist besonders wichtig, weil man daraus die Schlußfolgerung ziehen kann, daß der alte wirtschaftliche Gleichgewichtszustand nur dann erreicht werden kann, wenn politische Überlegungen bei wirtschaftlichen Vorgängen immer weniger berücksichtigt werden, ein gegenseitiges Vertrauens- und Sicherheitsverhältnis wiederhergestellt, den weniger entwickelten Volkswirtschaften die Möglichkeit des langsamen Angleichens an die Produktivität der anderen Volkswirtschaften gegeben und wirtschaftliche Stärke nicht zu einem politischen Druckmittel ausgenutzt wird. Nur unter diesen Voraussetzungen, die zum Teil auf einer politischen Basis liegen, ist eine Lockerung der Devisenbewirtschaftung möglich.

Auch bei der Betrachtung der heutigen politischen und wirtschaftlichen Situation kann man zu der Schlußfolgerung kommen, daß die einzelnen Großmächte keineswegs daran denken, ihre bis jetzt verfolgte Politik im Interesse einer weltweiten Befriedung zu ändern. Es scheint also, daß eine umfassende Aufhebung der Devisenbewirtschaftung auch auf längere Sicht kaum möglich sein wird, wobei natürlich eingetretene Währungsverzerrungen von Fall zu Fall einer Korrektur bedürfen, die im Interesse aller Beteiligten liegt. Auch der Schumanplan hat gezeigt, daß man in Europa von dem Grundsatz der gegenseitigen Verständigung noch weit entfernt ist und daß politische Momente bei wirtschaftlichen Entscheidungen eine große Rolle spielen. Die Beschlüsse des Internationalen Währungsfonds von Bretton-Woods zeigten ähnliche Tendenzen. Die Leitung des Fonds ist ein Spiegelbild der derzeitigen weltpolitischen Kräfteverhältnisse. Man muß sich klarmachen, daß die Hälfte der Stimmen im Fonds in der Hand der drei Großmächte liegt.

Das Abkommen von Bretton-Woods mit dem Dollar als Weltwährung ist keinesfalls in der Lage, das weltwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen; denn die zur Zeit sich zeigenden Gleichgewichtsstörungen haben ihre Ursache in der Ungleichheit der Einkommensbildung, der Produktion und des Preisniveaus. Stabile Wechselkurse, wie der internationale Fonds sie schaffen will, setzen einen Gleichgewichtszustand voraus. Der Fonds verschärft die gegenwärtigen Gleichgewichtsstörungen noch mehr und räumt den Großmächten einen übermäßigen Einfluß auf die einzelnen Volkswirtschaften ein.

Politisch bedingt hat sich mit Hilfe der Devisenbewirtschaftung in den einzelnen Ländern ein wirtschaftliches Klima entwickelt, das bei einem freien Güter- und Geldverkehr keine Existenzfähigkeit hätte. Eine Aufhebung der Devisenbewirtschaftung würde also, wie der Wissenschaftliche Beirat mit Recht sagt, „die Richtungen und die Zusammensetzung der internationalen Güterströme und vor allem viele Preisrelationen so schnell und so stark verändern, daß soziale Spannungen sowie angesichts der beschränkten Mobilität aller Produktionsfaktoren erhebliche Beschäftigungsschwankungen zu befürchten wären“. Die hochentwickelten Volkswirtschaften müßten sich zu Vorleistungen verpflichten und den minderentwickelten Volkswirtschaften die Möglichkeit der Angleichung in der Form des Abbaues ihrer Einfuhrbeschränkungen zugunsten dieser Länder geben. Als Ziel müßte allgemein die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung und Partnerschaft anerkannt werden und die weltpolitische Sicherheit gegeben sein.

Eine Lockerung der Devisenbewirtschaftung bedeutet, daß der Einfluß auf eine eigene Wirtschaftsgestaltung eingeschränkt und die eigene Volkswirtschaft ein Spielball in der Hand des politisch und wirtschaftlich Stärkeren wird. Eine Auflockerung der Kursverzerrungen ist auch unter den heute gegebenen Voraussetzungen möglich, sobald dazu wirtschaftliche Tatbestände den Ausschlag geben. Die Voraussetzung für die Lösung des hier aufgezeigten wirtschaftlichen Problems ist in der gegenwärtigen Situation eine *politische* Verständigung. Diese politische Voraussetzung ist aber heute noch in keiner Form gegeben.

Um das Ziel einer Erweiterung der Außenwirtschaft und ein Angleichen der Kursrelationen schneller zu erreichen, können auch auf der wirtschaftlichen Seite Voraussetzungen geschaffen werden. Auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium hat hier Vorschläge unterbreitet.

Auf allen Seiten ist man sich klar darüber, daß jeder Schritt zu einer Lockerung der Devisenbewirtschaftung ganz genau überlegt werden muß und auf eine Kontrolle über die Außenwirtschaft unter den heute gegebenen politischen Voraussetzungen nicht verzichtet werden kann. Die unsicheren politischen Verhältnisse in der alten Welt begünstigen natürlich eine unerwünschte Kapitalflucht nach Übersee. Dazu kommen noch die Forderungen unserer Auslandsgläubiger aus Vor- und Nachkriegsschulden. Die Größe dieser Verpflichtungen haben die Verfechter der freien Konvertierbarkeit der Währungen wenigstens davon überzeugen können, daß eine Lockerung der Kontrolle nur im Waren- und Dienstleistungsverkehr im Bereich des Möglichen liegt. Der internationale Währungsions läßt wie alle anderen monopolistischen Lösungen des Transferproblems eine Kontrolle der Kapitaltransaktionen zu.

Eine weitere Voraussetzung müßte eine ausreichende Manipulationsreserve bei der Zentralnotenbank sein, um damit saisonale Schwankungen ausgleichen zu können. Zu diesem Zwecke müßte bei dem Notenbankinstitut ein Reservebestand an Devisen in der Größenordnung eines fünf- bis sechsmonatigen Einfuhrbedarfs sein. Die Bank deutscher Länder verfügt heute über einen Devisenbestand, der kaum einem einmonatigen Einfuhrbedarf entspricht.

Der Wissenschaftliche Beirat schlägt gegenüber dem EZU-Raum eine Ausweitung der Liberalisierung bis auf 100 vH. vor. Wenn wir den Gedanken der Notwendigkeit einer westeuropäischen Integration bejahen, so müssen wir natürlich versuchen, einen Gleichgewichtszustand innerhalb des EZU-Raumes zu erreichen. Auch die Wirtschaften der EZU-Staaten müssen zuerst mit außermonetären Mitteln auf einen gegenseitigen Gleichgewichtszustand gebracht werden. Daneben scheint vor allem eine weitgehende politische Verständigung inner-

halb der westeuropäischen Staaten eine grundlegende Voraussetzung zum Abbau der Devisenbewirtschaftung zu sein, wobei natürlich der Weg einer vernünftigen Liberalisierung als Mittel der Angleichung der Wirtschaftsstrukturen als positiv betrachtet werden kann. Voraussetzung scheint aber zu sein, daß die westeuropäischen Länder eine Koordinierung ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen vornehmen und die gut entwickelten Volkswirtschaften sich zu einer Vorleistung für ihre schlechter entwickelten Partner bereit finden. Ob die Bundesrepublik bereits heute eine hundertprozentige Liberalisierung vornehmen kann, ist sehr zweifelhaft, da einige Gebiete unserer Wirtschaft zum Wiederaufbau noch eines gewissen Schutzes bedürfen.

Gegenüber dem Dollarraum schlägt der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium eine Ausweitung der Einfuhrrechte vor, wobei als Regulatoren die Erweiterung der Positivliste und eine schrittweise Erhöhung des Anrechtprozentsatzes über 40 vH. dienen sollen. Die Erfahrungen aus dem zur Zeit bestehenden Einfuhrrechtsverfahren sind bis heute nicht besonders erfreulich. Eine Erweiterung dieses Verfahrens bedeutet aber bei einem gewissen Preisstand der Anrechte eine Erhöhung der Selbstkosten und damit eine Verteuerung der Ware. Sie verkleinert unsere verfügbaren Dollarreserven bei der Bank deutscher Länder und erschwert damit ein Abtasten des besten Einsatzes dieser Beträge. Eine positive Beurteilung dieses Vorschlages setzt voraus, daß sich die Vereinigten Staaten bereit finden, ihre restriktiven handelspolitischen Maßnahmen als Vorleistung zugunsten der übrigen Volkswirtschaften weitestgehend abzubauen, das heißt vernünftige politische Überlegungen müßten der Ausgangspunkt zu dieser Maßnahme sein.

Die Gleichgewichtsstörungen in der Produktion, in der Kosten- und Preissituation und im Volkseinkommen, bedingt durch die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Nationen und verschärft durch das Streben der fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die anderen in ihrer Entwicklung zu behindern, führten zu einer Einengung des Außenhandels und nicht die technischen Mängel des Geldsystems. Die unterschiedliche Produktivität der einzelnen Nationen und nicht Devisen- und Rohstoffknappheit sind die Ursachen.

Das Gleichgewicht auf der Geldseite kann sich nur einstellen, wenn die Herstellung und Verteilung der Güter bereits in ein Gleichgewicht gebracht sind. Während früher der Wettbewerb die Antriebskraft für den Erfolg war, ist er heute zu einem Mittel des wirtschaftlichen Vernichtungskampfes geworden. Eine Auflockerung oder Aufhebung der Devisenbewirtschaftung kann nur in Erwägung gezogen werden, sobald für diese wirtschaftlichen Tatbestände das passende politische Klima gegeben ist.

#### JULIUS LEBER

*Solange der Mensch denkt, strebt er nach der Höhe, nach der Freiheit. Strebt er hinaus aus der Dunkelheit, aus der Ungerechtigkeit seiner Gegenwart. Dieses Streben setzt aber voraus, daß der Mensch wirklich denkt, daß er ein Herz hat für die Not seiner Mitmenschen, daß er weiß von der Ungerechtigkeit dieser Welt.*